

4) Den öffentlichen Raum als Ort der Bürgergesellschaft schützen

				
<p>Die Frage einer lebenswerten Stadt ist auch eine Frage der Erreichbarkeit. Grundsatz unserer Mobilitätspolitik ist dabei, dass die Bürgerinnen und Bürger sich frei entscheiden können, mit welchem Verkehrsmittel sie ihre Wege zurücklegen wollen. Wir setzen uns für leistungsstarke Schienenwege und Straßen ein, stärken aber auch den Nahverkehr mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Das bundesweit einmalige, landesweit gültige Schülerticket für 365 Euro im Jahr, das Jobticket als Bestandteil der Bezahlung der Landesangestellten wie auch Modellversuche, in denen Mobilitätsstationen Busse und Bahnen mit E-Carsharing- und E-Leihfahrrad-Systemen verknüpfen, weisen dabei in die richtige Richtung. Über 200 Kommunen sind mittlerweile in der vom Land initiierten „Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen“ vertreten, die sich dem Ziel verschrieben hat, optimale Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer zu fördern und entsprechende Kon-</p>	<p>Stadtplanung ist mehr als nur Bau, Stadtplanung gestaltet das Leben von Menschen und steigert die Lebensqualität. Eine aktive Stadtentwicklung schafft Raum für Begegnungen und trägt entscheidend dazu bei, dass sich Menschen wohl- und sicher fühlen. Wir brauchen die Beteiligung von allen Bevölkerungsgruppen vor Ort, damit auf die unterschiedlichen Bedarfe der Menschen eingegangen wird. Dazu ist es nicht ausreichend, allein in Bürgerversammlungen die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Wir brauchen die aktive Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Ausweitung der Bürgerbeteiligung ersetzt nicht die Entscheidung in den Kommunalparlamenten. Wir wollen eine Aufwertung der öffentlichen Räume – Beseitigung von Angsträumen, Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Schaffung von Barrierefreiheit.</p>	<p>Teilhabe ist ein Grundpfeiler der Bürgergesellschaft Teilhabe darf aber nicht zuvorderst durch Umverteilung organisiert werden, sondern durch Chancen für Aufstieg und persönlichen Erfolg. Deshalb ist für uns das Thema frühkindliche Bildung und Sicherstellung eines Grundmaßes an Chancen für jeden Menschen in unserer Gesellschaft ein zentrales Anliegen. Nicht Herkunft und Geburt, sondern eigene Leistung sollen darüber bestimmen, welche Perspektiven ein Mensch für sein Leben entwickeln kann.</p> <p>Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und Kernaufgabe des Staates. Teilhabe ohne Sicherheit gibt es nicht. Wir sind nicht bereit zu akzeptieren, dass es öffentliche Plätze gibt, die Menschen meiden, weil sie Angst haben müssen. Die Bürgergesellschaft funktioniert nur in einem gewaltfreien Raum. Deshalb ist es richtig auf Prä-</p>	<p>Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass beim Bau neuer Wohnungen auch der Fokus auf die Wohn- und Lebensqualität in den Städten und Kommunen gelegt wird. Denn beim derzeitigen Druck auf dem Wohnungsmarkt besteht die Gefahr, dass durch eine ungesteuerte Ausweisung neuer Flächen und Wohnquartiere die Aspekte einer nachhaltigen Quartiersentwicklung nicht genügend Berücksichtigung finden. Angefangen bei der Architektur mit den Erfordernissen, die Energiekosten so gering wie möglich zu halten bis hin zu einer lebenswerten Quartiersgestaltung mit zukunftsweisenden Mobilitätskonzepten und der sozialen Infrastruktur. Unser Leitbild ist eine nachhaltige Kommune mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum für alle in allen Stadtteilen, die Lebensqualität bietet: mit öffentlichen Aufenthaltsplätzen, wo ein soziales Miteinander möglich ist, ohne etwas consu-</p>	<p>Die Stadtentwicklung darf nicht nur von Kommerz und Immobilienspekulation getrieben sein. Innenstädte sind keine klinisch reinen "Malls", sondern öffentlicher Raum. Auf die Einhaltung geltender Gesetze muss geachtet werden, aber es darf keine Verdrängung "unerwünschter" Bevölkerungsgruppen geben, z.B. von Obdachlosen. Bezahlbarer Wohnraum auch in den Innenstädten ist dringend notwendig, ebenso Raum für Kultur und nichtkommerzielle Begegnung und eine intakte soziale Infrastruktur. Hierfür muss das Land die Kommunen auch endlich wieder finanziell ausreichend ausstatten.</p> <p>Der fahrende und ruhende Kfz-Verkehr belegt zu viel Raum in den Großstädten - Altlasten der "Autogerechten Stadt". Hier wäre eine Umverteilung und Neukonzipierung jenseits von Stückwerk notwendig.</p>

<p>zepte zu entwickeln. Grundlage hierfür ist die im vergangenen Jahr vorgestellte „Nahmobilitätsstrategie Hessen“.</p> <p>Mit dem neuen Hessischen Mobilitätsfördergesetz leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag, um die Infrastruktur in den hessischen Städten und Gemeinden zu stärken und auszubauen. Wir setzen ab 2020 mit Auslaufen der Bundesförderung selbst 100 Millionen Euro ein, um auf kommunaler Ebene für Planungs- und Finanzierungssicherheit zu sorgen und Mobilität in der Fläche gewährleisten zu können. Dadurch können auch in Zukunft z. B. der Bau und Ausbau von Haltestellen, Verkehrsstationen und Mobilitätsstationen wie auch die Beschaffung elektrisch betriebener Busse unterstützt werden. Auch dies sichert eine qualitativ hochwertige Nahmobilität und verbessert die Aufenthaltsqualität in unseren Städten.</p> <p>Wir messen dem Sicherheitsgedanken für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Gemeinden und der damit verbundenen Aufenthalts- und Lebensqualität einen sehr hohen Stellenwert bei. Wir haben daher in den letzten 20 Jahren die Mittel im Polizeihaushalt mehr als verdop-</p>	<p>Dies wird bei uns zu einem Schwerpunkt in der Städtebauförderung werden. Wir sorgen für Integration von der Kinderbetreuung über Schule, Vereine, Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Museen, Theater und Initiativen, von Stadtteilstellen bis hin zu interkulturellen Angeboten, von der Beteiligung in den Parlamenten über die Eröffnung von Geschäften. Integration heißt, die Offenheit zu haben, dass Menschen ihre Identität bewahren und sich um ihre Stadt und das Gemeinwohl kümmern und sich verantwortlich zeigen.</p> <p>Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein Garant dafür, dass Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und sich um ihre sozialen Brennpunkte zu kümmern und dort Chancen zur Teilhabe zu schaffen. Es muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir wollen eine zusätzliche Stärkung und Verstärkung des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm der „Sozialen Stadt“ gezielt auf Maßnahmen einerseits im energetischen, städtebaulichen, in-</p>	<p>vention und wo es notwendig ist auf Repression zu setzen, um die Sicherheit der aller Bürger zu gewährleisten. Videoüberwachung ist ein erheblicher Eingriff in Grundrechte und soll deshalb nur da stattfinden, wo es besonders geboten ist, beispielsweise an Kriminalitätsschwerpunkten. Eine anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab.</p> <p>Eine hohe Lebensqualität sehen wir u.a. durch einen Nutzungsmix von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit ermöglicht. Die Gestaltung des öffentlichen Raums spielt dabei eine wichtige Rolle.</p>	<p>mieren zu müssen. Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege, eine gute soziale und ökonomische Infrastruktur mit Kitas, Schulen und Geschäften im Quartier. Das soll mit dem neuen integrativen Ansatz von Städtebauförderung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus gelingen, der unter Punkt 7 genauer beschrieben wird.</p> <p>Um die öffentliche Sicherheit gewährleisten zu können, kann die Gestaltung von Plätzen und Straßen, die Beleuchtungssituation, die Beseitigung von "dunklen, nicht einsehbaren Ecken" aber auch der punktuelle Einsatz der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen einen Beitrag leisten. Wir lehnen jedoch eine massenhafte Überwachung ebenso ab, wie die derzeit erprobte intelligente Videoüberwachung. Gegenüber neuen technischen Lösungen zur Verbesserung der Sicherheit zeigen wir uns aufgeschlossen. Dabei ist für uns wichtig, dass die Wirksamkeit angestrebter Maßnahmen durch wissenschaftliche Studien oder durch die Auswertung der Wirksamkeit in anderen Ländern und Bundesländern evaluiert wird.</p>	
---	---	---	---	--

<p>pelt. Auch mit dem Doppelhaushalt 2018/19 gewährleiten wir in einem umfangreichen Stärkungspaket wichtige Investitionen für eine sichere Zukunft: 2022 werden in Hessen 15.260 Polizisten auf der Straße für Sicherheit sorgen. Daneben haben wir auch massiv in die Verbesserung der Ausrüstung der Polizei investiert und die Videoüberwachung ausgebaut.</p> <p>Wir wollen dieses Instrument dabei ausdrücklich noch besser nutzen. An Gefahrenpunkten, wie etwa auf Flughäfen, Bahnhöfen, in Sportstätten, Einkaufszentren und an Packstationen, wollen wir den Einsatz von intelligenter Videosicherheitstechnik ausweiten, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können. Mithilfe moderner intelligenter Technik, wie z. B. durch Gesichtserkennung, wollen wir öffentliche Fahndungen noch schneller zum Erfolg führen. Bereits 2018 und 2019 werden jeweils 2 Millionen Euro bereitgestellt, damit Kommunen ihre Technik auf öffentlichen Wegen und Plätzen modernisieren und ausweiten und Sicherheitsbehörden weitere mobile Videoüberwachungsanlagen beschaffen können.</p>	<p>frastrukturellen und ökonomischen Bereich angewendet wird. Andererseits wollen wir damit nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen gegen Ausgrenzung einzelner Gruppen und für sozialen Zusammenhalt gezielt fördern. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit bürgernah. Gefördert werden also städtebauliche und stadtplanerische Unternehmungen sowie soziale, zwischenmenschliche Projekte vor Ort, die den Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken und diese sozial stabilisieren und hinsichtlich der Lebensqualität aufwerten.</p>			
--	--	--	--	--